



A4

Antrag

Initiator*innen: CampusGrün Münster (dort beschlossen am: 28.04.2026)

Titel: Rassismus und Polizeigewalt benennen,
bekämpfen und mit Opfern solidarisieren!

Antragstext

985 Die Campusgrün BDV möge beschließen:

986 “Die Delegiertenversammlung von Campusgrün benennt vorherrschende rassistische
987 Strukturen klar und solidarisiert sich mit den Opfern dieser Strukturen.

988 Der Tod von Lorenz im April 2025 durch Polizeigewalt zeigt in aller Härte, wie
989 dringend der Kampf gegen Rassismus und institutionelle Gewalt unsere politische
990 Arbeit prägen muss. Sein Tod reiht sich ein in eine Liste von durch die deutsche
991 Polizei hervorgerufenen Todesfällen, etwa der Oury Jallohs. Insbesondere
992 schwarze und andere sichtlich ethnisch nicht-deutsche Personen erleben
993 Polizeigewalt und -willkür auf hohen Graden. Wir stellen uns klar gegen das
994 rassistische Profiling auf Basis von Hautfarbe oder Migrationshintergrund.
995

996 Auch an Hochschulen erleben Personen, deren ethnisch-religiöse Abstammung nicht
997 christlich-deutsch ist, täglich Stigmatisierungen und strukturelle
998 Diskriminierung. Als überwiegend ethnisch deutsche Gruppe müssen wir unsere
999 Privilegien stetig reflektieren und daraus lernen. Dabei sollten wir nicht nur
1000 uns und unsere Strukturen kritisch hinterfragen, sondern auch andere
1001 Hochschulgruppen, Universitätsleitungen und politische Handlungsträger*innen
1002 dazu auffordern, dies ebenfalls zu tun. Wir müssen Personen mit rassistisch
1003 verankerter Diskriminierungserfahrung und ihren Gruppen zuhören und ihre
1004 Perspektiven ernst nehmen, ihre Forderungen in unsere politische Arbeit
1005 integrieren, unsere Privilegien nutzen um Diskriminierung und Rassismus
1006 abzubauen und unsere eigenen Perspektiven nicht als universell ansehen. Um die
1007 eigenen Rassismen zu erkennen und zu verstehen, brauchen wir an den

1008 Universitäten umfassende Angebote, die sich insbesondere an nicht rassistisch
1009 marginalisierte Studierende richten. Konkret schlagen wir Awareness- und
1010 Empowerment-Kurse zum Themenbereich Rassismus vor. Dazu gehören könnten Kurse zu
1011 den Themen "Critical Whiteness" Rassismus in der post-migrantischen
1012 Gesellschaft, anti-muslimischen Rassismus, Antisemitismus und "Allyship", welche
1013 gleichzeitig Verständnis für Diskriminierungsverhältnisse, wie auch das
1014 Bewusstsein von Critical Whiteness und Allyship fördern. Diese Workshops sollen
1015 im Rahmen der Allgemeinen Studien oder vergleichbaren Modulen verankert werden.
1016 Darüber hinaus müssen diversitätssensible Hochschulstrukturen geschaffen werden,
1017 etwa durch Einrichtung unabhängiger Beschwerdestellen für Diskriminierungsfälle
1018 über das momentan gesetzliche Minimum hinaus, ebenso wie antirassistische
1019 Schulungsangebote für Lehrende und Verwaltungsangestellte.

1020 Der Bundesvorstand wird beauftragt ebenfalls bei der politischen Arbeit von
1021 CampusGrün auf Bundesebene und insbesondere gegenüber den zuständigen
1022 politischen Akteur*innen Deutschlands Rassismusproblem klar zu benennen. Eine
1023 gerechte Aufklärung rassistischer Vorfälle wird meistens durch Betroffene,
1024 Angehörige und Aktivist*innen eingefordert, dass Communities dies einfordern
1025 müssen und diese Aufklärung nicht von Seiten der Politik und Behörden kommt, ist
1026 bezeichnend für die fehlende intrinsische Motivation dieser Stellen.
1027 Polizeigewalt, Rassismus und rechte Strukturen in Institutionen müssen
1028 flächendeckend und öffentlich transparent aufgearbeitet werden: wir stellen uns
1029 an die Seite der Forderungen der Betroffenen, Angehörigen und Aktivist*innen.

1030 CampusGrün verpflichtet sich zudem selbst dazu, die eigene Organisation durch
1031 regelmäßige interne Workshops antirassistisch weiterzuentwickeln durch
1032 regelmäßige interne Workshops zu "Critical Whiteness" und Rassismuskritik, die
1033 aktive Vernetzung und Zusammenarbeit mit antirassistischen Initiativen zu
1034 fördern, und die Berücksichtigung antirassistischer Perspektiven bei der Arbeit
1035 in Gremien und Arbeitsgruppen einfließen zu lassen. Wir fordern Räume, in denen
1036 rassistisch marginalisierte Personen ihre Anliegen einbringen können, ohne
1037 Bildungs- oder Sensibilisierungsarbeit für nicht rassistisch diskriminierte
1038 Mitglieder leisten zu müssen."

Begründung

Gerade als überwiegend weiße Gruppe dürfen wir uns nicht aus der Verantwortung nehmen und müssen rassistische Strukturen klar benennen und sie eben auch auf die Tagesordnung setzen. Gerade jetzt ist es von unabdingbarer Wichtigkeit laut für Gerechtigkeit zu sein.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

(Antrag wurde bereits auf der 51. BMV gestellt und wiederholt vertagt)